

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Sven Rissmann (CDU)

vom 13. Oktober 2010 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Oktober 2010) und **Antwort**

Strafgerichtsverfahren gegen kriminelle Großfamilien

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Strafgerichtsverfahren wurden in den letzten 10 Jahren gegen Personen, die bei Ihrer Einreise angaben, aus dem Libanon zu stammen („Libanonhintergrund“), geführt und welchem Prozentsatz entspricht dies an der Gesamtsumme der Strafgerichtsverfahren (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?

2. Wie viele Verfahren wegen Rohheitsdelikten, Rauschgiftkriminalität und organisierter Kriminalität wurden in den letzten 10 Jahren gegen Personen mit „Libanonhintergrund“ geführt?

3. Wie viele Personen mit „Libanonhintergrund“ wurden in den letzten 10 Jahren zu Freiheitsstrafen verurteilt (aufgeschlüsselt nach Jahren)?

4. Wie viele Angehörige von Großfamilien mit „Libanonhintergrund“ wurden in den letzten 10 Jahren zu Freiheitsstrafen verurteilt (aufgeschlüsselt nach Jahren)?

Zu 1. bis 4.: In der aufgrund der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik) geführten Verfahrenstatistik der Strafgerichte werden Daten über die Nationalität der Beschuldigten nicht erhoben. Verurteilte aus dem Libanon werden in der Strafverfolgungsstatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg erst ab dem Jahr 2009 gesondert ausgewiesen. Die Strafverfolgungsstatistik weist für das Jahr 2009 379 verurteilte Ausländerinnen und Ausländer aus dem Libanon aus. Dies entspricht 0,78 % der gesamten Verurteilten aus dem Jahr 2009. Im Jahr 2009 wurden 53 Libanesen wegen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz verurteilt.

Darüber hinaus werden Statistiken, die Grundlage für die Beantwortung der Frage sein könnten, nicht geführt. Personen mit „Libanonhintergrund“, die bei ihrer Einreise angegeben haben, aus dem Libanon zu stammen, die libanesischen Staatsangehörigkeit aber gegebenenfalls

nicht besitzen oder eine andere Staatsangehörigkeit verschweigen, werden nicht gesondert erfasst.

5. Sofern keine Angaben hierüber gemacht werden können: Welche Gründe sprechen gegen eine statistische Erfassung und Auswertung von Urteilen?

Zu 5.: Eine Erfassung von Daten über bestimmte Verfahren gegen Beschuldigte und Verurteilte, die Angehörige von Großfamilien sein sollen und die bei ihrer Einreise angegeben haben, aus dem Libanon zu stammen („Libanonhintergrund“), kommt nicht in Betracht. Es existiert keine einheitliche Definition der Begriffe „Großfamilie“ und „Libanonhintergrund“. Personen mit „Libanonhintergrund“ könnten hinsichtlich ihrer Nationalität statistisch nicht nur unter „Libanon“, sondern auch unter „staatenlos“, „ungeklärt“, „ohne Angabe“ oder unter einer anderen Staatsangehörigkeit erfasst sein. Eine Statistik ohne belastbare Zahlen hätte keine Aussagekraft und wäre nicht verwertbar. Sie wäre darüber hinaus, da eine einzelne Nationalität herausgestellt würde, diskriminierend und damit nicht zulässig. Die gleichen Gründe sprechen auch gegen eine Einzelauswertung von Urteilen.

6. Wie sieht die prozentuale Belegung der Berliner Haftanstalten bzgl. Personen mit „Libanonhintergrund“ aus (aufgeteilt nach Haftanstalten)?

7. Wie viele Angehörige der Großfamilien mit „Libanonhintergrund“ befinden sich momentan in Haft?

Zu 6. und 7.: „Libanonhintergrund“ ist in Berliner Justizvollzugsanstalten kein Kriterium, nach dem Daten erhoben und gespeichert werden. Bekannt ist allerdings die Zahl der Gefangenen mit libanesischer Staatsangehörigkeit:

Belegung - Stand 30.09.2010

Justizvollzugsanstalt...	Gesamtzahl der am Stichtag Inhaftierten	Anzahl Inhaftierter mit libanesischer Staatsangehörigkeit	% Anteil libanesischer Staatsangehöriger an Gesamtbelegung
... Moabit	1058	34	3,2
... Tegel	1461	49	3,4
... Charlottenburg	264	5	1,9
... Plötzensee	405	8	2,0
... für Frauen Berlin	entfällt, da am Stichtag keine libanesischen Staatsbürgerinnen inhaftiert waren		0,0
... des Offenen Vollzuges Berlin	753	15	2,0
Jugendstrafanstalt Berlin	427	24	5,6
Jugendarrestanstalt Berlin	32	3	9,4
Gesamt	4368	135	3,1

Berlin, den 17. November 2010

Gisela von der Aue
 Senatorin für Justiz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Nov. 2010)